

MITTWOCHSKOLUMNE

Lieber Peter,

obwohl wir uns wahrlich recht häufig schreiben, ist das Intervall manchmal doch zu groß, um den nächsten Brief abzuwarten. So habe ich Dir schon telefonisch mitgeteilt, dass ich Dir zu Deinem spektakulären Prozessverlauf in Sachen Kirch/Deutsche Bank herzlich gratulieren möchte. Dieser Glückwunsch wiegt umso schwerer, als ich wahrlich kein Freund des Kirch-Imperiums und seines medialen Machtvollzugs war und mir als ehemaliger Rechtsanwalt zumindest überschlägig Deine Gebühren bei diesem 800-Millionen-Vergleich vorstellen kann, was schon viel Tapferkeit und langen Atem beim Niederkämpfen des Sozialneids eines kommunalen Wahlbeamten erfordert. Aber entscheidend ist ja nicht, ob man den Kläger mag oder solche Streitwerte auch einmal gemocht hätte, sondern allein, was der Prozess die Gesellschaft lehrt. Und die Lehre könnte nicht klarer sein: Auch die allmächtig wirkenden Herren der Bankenwelt, die mit ihrer Verfügungsgewalt über fremdes Geld Schicksalsgott spielen können, müssen mal einstehen für die Konsequenzen, die sie ausgelöst haben. Fabelhaft!

Und deshalb teile ich auch

Deinen Zorn, dass die Funktionäre der europäischen Rettungsschirme umfassende gerichtliche Immunität genießen. Offenbar richtet man sich in der Welt der Milliarden-Jongleure höchst vorsorglich bereits auf Pflichtverletzungen ein, die natürlich folgenlos bleiben müssen, aber selbstverständlich nur für die ESM-Bediensteten und nicht für die Steuerzahler, die für alle Folgen aufkommen müssen. In den bundespolitischen Debatten ist wirklich abstoßend, dass es nur – mit allzu großem Pathos auf beiden Seiten – um Ja oder Nein zu den Rettungsschirmen geht und nicht auch um solche Details, die bei gründlicher parlamentarischer Beratung niemals so aussehen wie in unaufschreibbaren Brüsseler Paketen. Aber zum Glück hast Du nicht nur die europäische, sondern auch die bayerische Finanzpolitik angesprochen. Da kann ich eine gewisse Verwunderung über die stolze Selbstbespiegelung der Christlich Sozialen Union nicht unterdrücken.

Stichwort Schuldenfreiheit. Ja freilich ist das ein hehres Ziel. Mir und meinem Kämmerer und der Stadtratsmehrheit ist der Schuldenabbau sogar so wichtig, dass wir alle in den letzten 15 Jahren aufgenommenen Schulden auch wieder

Briefwechsel

zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Ein fabelhafter und ein miserabler Vergleich

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jede Woche an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

abgebaut haben. Tatsache: Die Stadt München hat heute nicht mehr Schulden als vor 15 Jahren. Und der Freistaat? Er hat in diesem Zeitraum seine Schuldenlast verdoppelt, von 16 auf 32 Milliarden. Nun weiß ich auch, dass Stadtsäckel und Länderfinanzen zwei verschiedene Paar Schuhe sind und dass die Verdoppelung der Freistaatsschulden viel zu tun hat mit dem Landesbank-De-saster, das niemand gewollt hat, das vielmehr versehentlich losgetreten wurde. Aber ist es

vor dem Hintergrund der Tatsachen (Stabilität hier, Verdoppelung der Schulden dort) nicht reichlich vermessen, wenn der CSU-Generalsekretär allen Ernstes betont, die CSU stehe für Schuldenfreiheit, Ude und die SPD hingegen für Schuldenmachen à la Griechenland. Geht's noch dreister? In der Faschingszeit, wenn man sich in Traumrollen hineinkostümieren darf, mag das ja noch angehen, aber ab Aschermittwoch sollte doch eine gewisse Mäßigung eintre-

ten und den nüchternen Tatsachen ins Gesicht gesehen werden.

Erreicht werden soll das hehre Ziel der Schuldenfreiheit ja vor allem durch Änderungen im bundesdeutschen Finanzausgleich. Da vertritt Ihr ja anno 2012 die Meinung, dass dieses Machwerk bayernfeindlich und verfassungswidrig sei, weshalb man es in Karlsruhe anklagen könne. Bayernfeindlich! Verfassungswidrig! Bei solch scharfen Anklagen fragt man sich denn doch, wer solche Schandtatzen gegen das bayerische Volk verübt haben kann. Und siehe da: Der Finanzausgleich ist 2001 ausgehandelt worden von Ministerpräsident Edmund Stoiber, der allerdings zu dieser Zeit in Berlin auch bella figura als Kanzlerkandidat machen wollte. In Gesetzesform gegossen wurde der Finanzausgleich nachweislich der namentlichen Abstimmung u.a. von so namhaften bayerischen Abgeordneten wie Horst Seehofer, Peter Ramsauer und Gerda Hasselfeldt. Hoher Segen für Bayerns Ausplünderung! Oder nur ein versehentlich abgeschlossener miserabler Vergleich?

Wir als Anwälte wissen das ja: Man muss manchmal unbefriedigende Vergleiche schließen, sie können nicht immer so

toll sein wie bei Deinem Verfahren gegen die Deutsche Bank. Aber kann man es Interessenvertretern wirklich durchgehen lassen, dass sie ihr Werk erst als „großen Tag für Bayern“ feiern und später ausgerechnet der Landtagsopposition die Verantwortung in die Schuhe schieben wollen, deren Einfluss auf das Regierungshandeln in Bayern bedauerlicherweise äußerst gering ist?

Der Finanzausgleich gehört tatsächlich reformiert, weil die Abschöpfung von Mehreinnahmen jeden Anreiz nimmt, die Einnahmen des eigenen Bundeslandes zu steigern. Aber Verhandlungserfolge lassen sich wohl kaum mit der Beschimpfung der Verhandlungspartner erreichen und schon gar nicht mit der Angeberpose, man sei das reichste Land auf dem Kontinent und müsse deshalb (!) den armen Schluckern den Geldhahn zudrehen.

Dein Christian

PS: Für unseren gemeinsamen Vorstoß, den Bundespräsidenten vom Volk wählen zu lassen, ging jetzt plötzlich alles viel zu schnell. Schade um die Direktwahl – aber gut für Deutschland, dass der Konkurskandidat Joachim Gauck dem Amt seine Würde zurückgeben wird.